

Vertane «Lebenschance» - Enttäuschung bei den Organisationen ist gross

Lichtblick Nicht nur die Vorsteher sind frustriert über das Nein aus Triesenberg, sondern auch die Organisationen, die das Projekt «Lebenschance» angeregt haben. Doch es gibt noch Hoffnung - Schaan will ohne Triesenberg weitermachen.

VON DORIS QUADERER

Initiiert worden war das Projekt «Lebenschance» vom Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit in Liechtenstein. Das Netzwerk, das vor rund einem Jahr gegründet wurde, umfasst mehr als 30 Organisationen und Vereine. Deren gemeinsames Ziel ist es, der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Solidarität in Liechtenstein ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Das 300-Jahr-Jubiläum Liechtensteins hätte sich für Andrea Hoch, Mitglied der Koordinationsgruppe des Netzwerkes, regelrecht angeboten, um ein Zeichen der Solidarität und der Dankbarkeit zu setzen. Aus diesem Grund sei sie mit anderen Vertretern des Netzwerkes bei der Vorsteherkonferenz vorgestellt worden und habe eine Projektidee präsentiert. «Wir waren der Meinung, dass unser Vorschlag breit abgestützt ist. Schliesslich gibt es ja sehr viele Menschen in Liechtenstein, die sich sozial engagieren. Die über 30 Organisationen, die im Netzwerk zusammengefasst sind, haben ja unzählige Mitglieder im Hintergrund. Wir dachten, das könnten wir als Gewicht in die Waagschale werfen», so Hoch.

Andrea Hoch, Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit: «Das Jubiläum hätte sich regelrecht angeboten, um ein Zeichen der Solidarität und Dankbarkeit zu setzen.» (Foto: MZ)



«Es wäre ein sympathisches Zeichen gewesen, das auch unserem Image gutgetan hätte», findet der Schaaner Gemeinderat und will das Geld auch ohne Triesenberg spenden. (Foto: Shutterstock)

Auch den Vorstehern gefiel die Idee, anlässlich des Jubiläums einen «Anschubkredit» zu gewähren. Schliesslich wäre nicht einfach nur Geld gespendet worden, sondern das Projekt «Lebenschance» hätte langfristig bestehen bleiben sollen. In den Topf wäre also nicht nur die Million geflossen, die die Gemeinden sprechen wollten. Durch verschiedene Anlässe und Aktionen hätten weitere Spendeneinnahmen geniert werden können, die ebenfalls dem Projekt «Lebenschance» zugutegekommen wären. Das Geld wäre dann je hälftig über die Caritas zu Bedürftigen in Liechtenstein oder über den liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED)

zu ausgewählten Projekten im Ausland geflossen.

Schaan will trotzdem weitermachen Enttäuschung herrschte aber nicht nur bei den Hilfsorganisationen, sondern auch bei den anderen Gemeinderäten. Der Gemeinderat Schaan, der am Mittwochabend, also nach dem Triesenberger Nein, über das Projekt zu befinden hatte, wollte das Projekt nicht so einfach sterben lassen. Zwar stehe ihm eine Kommentierung des Entscheids in Triesenberg nicht zu, dennoch erlaube sich der Gemeinderat einige Bemerkungen, hiess es in einem gestern verschickten Newsletter der Gemeinde. Schliesslich hätte das Projekt dem Land gut angestanden, finden die Gemeinderäte: «Man hätte anlässlich der Besinnung auf unsere Wurzeln, Herkunft und Geschichte auch einmal den Blick auf die Menschen gelenkt, die am Rand der Gesellschaft

sind, Menschen, die auf Mitgefühl und finanzielle Zuwendungen angewiesen sind.» Auch dem umliegenden und weiteren Ausland, dem man ja viel verdanke, hätte man auch symbolisch etwas zurückgeben können. Die halbe Million Franken an den LED wäre nichts anderes gewesen als ein kleines Zeichen der Dankbarkeit. Es wäre ein sympathisches Zeichen gewesen, das auch unserem Image gutgetan hätte, argumentierten die Schaaner Gemeinderäte. Sie beschlossen deshalb, nicht einfach zu resignieren, sondern sich dafür stark zu machen, die Idee weiterzutragen, um zumindest etwas zum 300-Jahr-Jubiläum zu machen. Der Gemeinderat genehmigte deshalb das Projekt «Lebenschance» und den dafür notwendigen Verpflichtungskredit in Höhe von knapp 160 000 Franken. Und fügte an, dass die Gemeinde Schaan dieses Geld auch dann einsetzen

«Von der Symbolik her müssten elf Gemeinden dabei sein und nicht nur zehn.»

DONATH OEHRH
VORSTEHER GAMPRIN

Finanzspritze erwünscht: Auch der Kanton St. Gallen hat mit den im Gesundheitswesen anfallenden Kosten zu kämpfen. (Symbolfoto: SSI)

werde, wenn die anderen Gemeinden nicht im Boot wären.

Andere Gemeinden im Zugzwang?

Doch auch diese Ankündigung erntete nicht nur Zuspruch. So kommentierte der Gampriner Vorsteher Donath Oehri den Entscheid: «Grundsätzlich denke ich, dass in einem solchen Projekt 300 Jahre Liechtenstein von der Symbolik her einfach elf Gemeinden dabei sein müssen und nicht zehn. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass das genau gleiche Projekt so mit zehn Gemeinden durchgeführt wird.» Dennoch hätte er persönlich nichts dagegen, wenn auch Gamprin den bereits beschlossenen Beitrag zur Hälfte der Caritas und zur Hälfte dem LED zukommen lassen würde. «Dann aber ohne begleitende Projekte etc. Einfach eine Spende an die zwei Organisationen, in die ich volles Vertrauen habe, dass sie dieses Geld richtig einsetzen», erklärte Oehri. Darüber müsste aber der Gemeinderat nochmals befinden, schliesslich habe man den positiven Beschluss mit dem Vorbehalt gemacht, dass alle Gemeinden mitmachen. Ähnlich sieht es die Ruggeller Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle. Sie geht davon aus, dass das weitere Vorgehen nicht nur in den Gemeinderäten sondern auch in der Vorsteherkonferenz erneut besprochen werden muss. Der Balzner Vorsteher Hanjörg Büchel teilte auf Anfrage mit, dass auch dort der Gemeinderat bei der Sitzung am Mittwoch erwogen habe, unabhängig vom Entscheid der anderen Gemeinden einen Betrag zu spenden. Der Gemeinderat habe letztendlich aber den Beschluss bewusst so gefällt, wie er eingereicht worden sei, nämlich «vorbehaltlich der Zustimmung aller Gemeinden». In Triesenberg ist der Beschluss noch ausstehend, daher wollte Vorsteher Günter Mahl nicht vorgreifen. Er persönlich könnte sich aber mit einer neuen Variante anfreunden, erklärte er auf Anfrage. Der Vorsitzende der Vorsteherkonferenz, Ewald Ospelt, hofft hingegen, dass nun alle verbleibenden Gemeinden dem Projekt noch zustimmen. Er könnte sich vorstellen, dass dann in Triesenberg ein Antrag auf Wiedererwägung des Projektes gestellt wird. Für ihn ist klar: Es kann nur ein Projekt der Gemeinden geben, wenn auch alle mitziehen.

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



minder

SCHLIMMER

MINI STRUUCHA WÜARD ALL MINDER.
I GLOB I BLIB HÖTT AMOL IM BETT.

www.volksblatt.li

St. Galler Spitalbauten: Einsparungen und höhere Tarife geplant

Gesundheitswesen Damit die St. Galler Spitalverbände Investitionen von insgesamt 930 Millionen Franken in die geplanten Neu- und Umbauten stemmen können, braucht es sowohl Einsparungen als auch höhere Tarife. Dies stellt die St. Galler Regierung in ihrer Antwort auf einen FDP-Vorstoss fest.

Unter dem Titel «Spitalinvestitionen - Fiasco vorprogrammiert» verweist die FDP-Fraktion in einem Vorstoss auf Spitäler in Nachbarkantonen, die «unter Baukosten ächzten» und sich nicht in der Lage sähen, die notwendigen Eigenmittel aufzubringen. Konkret wollte die Fraktion von der Regierung wissen, was sie unternehmen werde, falls die im Kanton St. Gallen geplanten Spital-Vorhaben nicht finanzierbar seien: «Ist mit Nachtragskrediten zu rechnen?» lautet eine der Fragen im Vorstoss. In ihrer am 6. Februar veröffentlichten

Antwort bestätigt die Regierung Probleme bei der Finanzierung, sieht aber die Projekte vorerst nicht gefährdet. Sie wirft in ihren Ausführungen einen Blick zurück: Bei der Planung hätten die Berechnungen gezeigt, dass die Spitalbauprojekte finanziell tragbar seien - «vorausgesetzt, dass höhere Frequenzen und höhere Tarife resultierten». In der damaligen Vorlage sei ausgeführt worden, dass Einsparungen umgesetzt werden müssten, sollten die Erträge nicht erhöht werden können.

Gesenkte Tarife = Einnahmeausfälle

Seither habe sich im ambulanten Bereich die Tarifsituation aufgrund von zwei nicht vorhersehbaren Eingriffen des Bundesrats verschlechtert. Die Spitalverbände müssten dadurch «Einnahmeausfälle in zweistelliger Millionenhöhe» hinnehmen. Damit nicht genug: Weitere Mindereinnahmen seien durch die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich zu erwarten. Es gab weitere Veränderungen: Seit der Abstimmung über die Spitalbauprojekte im November 2014 gingen die Liegenschaften vom Kanton an



Finanzspritze erwünscht: Auch der Kanton St. Gallen hat mit den im Gesundheitswesen anfallenden Kosten zu kämpfen. (Symbolfoto: SSI)

die Spitalverbände über. Diese müssen nun für die geplanten Investitionen aufkommen. Vom Kanton erhalten sie dafür verzinsliche Darlehen. Was bedeutet all dies für die Bauprojekte? Die Regierung stellt klar, dass die vom Parlament und danach von den Stimmberechtigten beschlossenen Neu- und Umbauten finanziert werden können. Eine Rückzahlung der Darlehen setze allerdings mittel- bis langfristig höhere Gewinne voraus, als sie aktuell von den Spitalverbänden erzielt würden. Die dafür notwendigen Massnahmen wurden bereits eingeleitet. Es seien einerseits Einsparungen und andererseits Tarifierhöhungen notwendig, erklärt die Regierung. Der Verwaltungsrat der Spitalverbände habe mit einer Überprüfung des Leistungsangebots

der einzelnen Standorte begonnen. Ob Tarifierhöhungen möglich seien, bleibe offen. Falls sie nicht realisiert werden oder ungenügend ausfielen, «müssen auf der Aufwandseite höhere Einsparungen realisiert werden».

Altstätten als Ausnahme

Für die Neu- und Umbauten zeichneten sich derzeit keine Kreditüberschreitungen an, heisst es weiter. Die Ausnahme heisst Altstätten. Dort sei das Bauprojekt durch Einsparungen blockiert. Der Verwaltungsrat werde sich vor Baubeginn eingehend mit den sich abzeichnenden Überschreitungen der Kosten befassen. Die Investitionen sollen mit verschiedenen Massnahmen - auch mit Anpassungen beim Leistungsangebot - reduziert werden. (sda)